

Ansprache von Regierungsrätin Rita Kieber-Beck an der 63. Session der UNO- Generalversammlung, New York, 29. September 2008

(deutsche Übersetzung des englischen Originals)

Herr Präsident
Exzellenzen
Meine Damen und Herren

Seit unserem letztem Treffen vor einem Jahr sieht sich die Welt mit zahlreichen ernststen Herausforderungen konfrontiert. Millionen von Menschen waren weltweit betroffen von Naturkatastrophen, Klimawandel, bewaffneten Konflikten, Terrorismus, Menschenrechtsverletzungen, steigenden Nahrungsmittel- und Energiepreisen sowie den Turbulenzen an den Finanzmärkten. Eine Krise nach der anderen anzugehen, ist eine überwältigende Aufgabe; sie wäre ohne die Vereinten Nationen in vieler Hinsicht auch hoffnungslos.

Die Vereinten Nationen bringen den Menschen weltweit Hoffnung und bieten den politisch Verantwortlichen ein einzigartiges Instrument zur Problem- und Konfliktlösung. Vor über 60 Jahren wurde die Organisation gegründet, noch stark unter dem Eindruck der Gräueltaten des Zweiten Weltkrieges, und konzentriert auf Angelegenheiten von Frieden und Sicherheit. Heute leben wir in einer anderen Welt. Und doch müssen wir uns immer wieder an die Vereinten Nationen wenden, um gemeinsam Probleme zu lösen und um jene Menschen zu schützen, die in Not oder Gefahr sind.

Unsere Anerkennung gilt dem Generalsekretär und den einsatzfreudigen UNO-Angestellten für ihre harte Arbeit. Dennoch: Die Organisation wird immer wieder durch Bürokratie, Ineffizienz und politische Grabenkämpfe behindert. Doch tragen in erster Linie wir Mitgliedstaaten die Verantwortung dafür. Es ist unsere Aufgabe, die Vereinten Nationen an die aktuellen Herausforderungen anzupassen und zu

verbessern. Dazu müssen wir die Organisation mit den nötigen Ressourcen ausstatten und überholte Strukturen ändern.

Herr Präsident

In den letzten Jahren ist das UNO-Budget stark und doch völlig einseitig gewachsen. Kernaufgaben wie Konfliktverhütung, die Förderung der Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit, humanitäre Hilfe und Unterstützung für wirtschaftliche und soziale Entwicklung sind einem künstlichen Nullwachstum unterworfen und werden weitgehend durch freiwillige Beiträge weniger Länder finanziert. Zugleich akzeptieren wir Mitgliedstaaten routinemässig massive Erhöhungen der Kosten für Peacekeeping - Missionen. Es ist höchste Zeit, uns nicht nur auf das Löschen der aufflammenden Brände in der Welt zu konzentrieren, sondern mehr in ihre Verhütung zu investieren. Wir unterstützen daher die Vorschläge des Generalsekretärs, um die Kapazitäten des UNO-Sekretariats zur Konfliktverhütung und Mediation zu stärken.

In der vergangenen Session der Generalversammlung haben wir ernüchert festgestellt, dass manche der Prozesse zur UNO-Reform, die wir beim Gipfeltreffen 2005 angestossen haben, praktisch zum Erliegen gekommen sind. Andere sind weiterhin Gegenstand äusserst schwieriger Verhandlungen. Wir sind überzeugt, dass zu einigen Bereichen der Management-Reform rasche Fortschritte nötig sind, vom Personalmanagement über Verbesserungen der Verantwortungsstrukturen zur UNO-internen Justiz. Wir werden auch unseren Einsatz für einen legitimeren und wirksameren Sicherheitsrat fortsetzen. Zu diesem Zweck werden wir unsere Bemühungen für mehr Transparenz im Sicherheitsrat und einen besseren Einbezug von Nichtmitgliedern fortsetzen.

Herr Präsident

Liechtenstein ist ein starker Verfechter des Multilateralismus und eines auf klaren Regeln beruhenden internationalen Systems. Unsere staatliche Souveränität gründet sich auf das Völkerrecht und dessen Einhaltung, und wir bekennen uns voll und ganz zur Rechtsstaatlichkeit. Diese Prinzipien zählten zu den wichtigsten Beweggründen für unseren UNO-Beitritt vor 18 Jahren, und sie zählten seither auch zu unseren höchsten Prioritäten als Mitgliedstaat. Das Thema Rechtsstaatlichkeit hat in der Arbeit der Vereinten Nationen in den vergangenen Jahren sehr an Prominenz gewonnen. Und doch nimmt sie in der Praxis noch nicht jenen Platz ein, der ihr gebührt. Der grösste Wert dieser Organisation besteht in der Legitimität, die sie den Entscheidungen der internationalen Gemeinschaft verleiht. In der Tat, die Vereinten Nationen selbst sind das Symbol der Rechtsstaatlichkeit in den internationalen Beziehungen. Diese Stärke müssen wir erhalten, und daher die Anwendung des Prinzips der Rechtsstaatlichkeit auch innerhalb der UNO-Organe und ihrer Entscheidungsprozesse fördern, insbesondere im Sicherheitsrat. Gemeinsam mit anderen Ländern haben wir unsere Bedenken über die Praxis des Sicherheitsrates im Umgang mit Sanktionenlisten dargelegt, speziell im Bereich der Terrorismusbekämpfung. Dabei soll es keinen Zweifel darüber geben, dass wir diese Sanktionsmassnahmen voll und ganz unterstützen, sind sie doch mächtige Instrumente zur Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit. Wir sind jedoch der Auffassung, dass Sanktionen so angewendet werden müssen, dass die Verfahrensrechte von betroffenen Einzelpersonen entsprechend internationalen Standards gewahrt bleiben. Aktuelle Gerichtsentscheidungen belegen, dass unsere Bedenken begründet sind, und wir hoffen, dass unsere Vorschläge zur Verbesserung des Systems beitragen werden. Der Eindruck, dass Entscheidungen des Sicherheitsrates internationale Menschenrechtsstandards verletzen könnten, muss jedenfalls vermieden werden.

Herr Präsident,

Alle UNO-Mitgliedstaaten, und insbesondere der Sicherheitsrat, sind zum Kampf gegen die Straflosigkeit für schwerste internationale Verbrechen aufgerufen. Seit den neunziger Jahren hat der Rat einige bahnbrechende Beschlüsse getroffen, um internationales Strafrecht durchzusetzen, darunter die Einrichtung internationaler und gemischter Tribunale. Dem Rat kommt auch eine wichtige Rolle im Zusammenhang mit dem Internationalen Strafgerichtshof zu, welcher die schwersten Verbrechen nach dem Völkerstrafrecht verfolgt. Der Rat hat diese Rolle mit der Annahme von Resolution 1593 ausgeübt (Befassung des Internationalen Strafgerichtshofs mit der Situation in Darfur, Anm.). Es ist von grösster Wichtigkeit, dass der Rat seine Befugnisse nach dem Römer Statut auch weiterhin verantwortungsbewusst wahrnimmt. Der ICC ist die grösste Errungenschaft des Völkerrechts der vergangenen Jahrzehnte. Nun müssen wir dafür sorgen, dass das Gericht auch in der Praxis funktioniert, und ihm dazu die nötige politische Unterstützung zukommen lassen. Der Erfolg des ICC ist der entscheidende Massstab für den Kampf gegen die Straflosigkeit. Diesen Kampf können wir nur gewinnen, wenn wir den Gerichtshof mit aller Kraft unterstützen.

Herr Präsident

Vor 60 Jahren hat die Generalversammlung die Konvention gegen den Völkermord angenommen, und 50 Jahre später hat der ICC die Befugnis erlangt, über dieses Verbrechen zu richten. Die Konvention entsprang dem Begehren, Völkermord nie wieder zuzulassen, doch wurde dieses Ziel seither mehrere Male verfehlt. Nach solchen Ereignissen können wir uns nicht stets aufs Neue „Nie wieder!“ ausrufen, ohne dabei an Glaubwürdigkeit zu verlieren. In diesem Sinne haben wir uns am Gipfeltreffen vor drei Jahren auf das Prinzip der Schutzverantwortung („Responsibility to Protect“) geeinigt. Für uns und zahlreiche Partner war dies eine der wichtigsten Errungenschaften des Gipfeltreffens, dessen Ergebnis wir ansonsten mit eher gemischten Gefühlen betrachten. Heute stehen wir vor der

Herausforderung, dieses Konzept weithin verständlich zu machen und es in der Praxis anzuwenden. Die Schutzverantwortung ist ein eng definiertes Konzept, das die internationale Gemeinschaft in klar definierten Fällen von Völkermord, Kriegsverbrechen, ethnischen Säuberungen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit in die Pflicht nimmt. Es beruht auf der souveränen Verantwortung der Staaten, ihre Bevölkerung zu schützen, sowie auf der Charta der Vereinten Nationen. Wir müssen dieses klare Konzept bewahren und für die konsistente Umsetzung dieses Gipfelbeschlusses sorgen.

Herr Präsident

Ungeachtet der hehren Ziele, die wir uns am Gipfeltreffen gesetzt haben, sind wir von einem gemeinsamen Zugang zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung in der Welt noch weit entfernt. Und die Herausforderungen wachsen täglich: Der Klimawandel, die Nahrungsmittel- und Energiekrise sowie das einbrechende internationale Finanzsystem sind nur einige Beispiele. Ihre Auswirkungen treffen letztlich jene am Härtesten, die bereits in Armut leben, und sie stellen eine ernsthafte Bedrohung für die Wirksamkeit der internationalen Entwicklungszusammenarbeit dar. Wir brauchen daher eine neue Übereinkunft zur Entwicklungsfinanzierung, die auf dem Konsens der Konferenz von Monterrey (2002) aufbaut. Eine solche Einigung verlangt Opfer und Kompromisse auf allen Seiten – doch sie ist für die Stärkung der multilateralen Säule der Entwicklungszusammenarbeit unerlässlich.

Herr Präsident

Zusammenfassend möchte ich betonen, dass wir seit jeher für eine starke UNO-Generalversammlung eingetreten sind und weiterhin für dieses Ziel kämpfen. Damit meinen wir jedoch nicht eine Generalversammlung, die sich antagonistisch zu

anderen Organen der Vereinten Nationen verhält. Wir fordern eine Generalversammlung, die sinnvolle und fokussierte Debatten zu hochrelevanten Themen abhält, gefolgt von klaren Entscheidungen und deren Umsetzung. Wir hoffen, dass diese Session es uns ermöglicht, einen Schritt in diese Richtung zu setzen.

Ich danke Ihnen.